

Klaus von Beyme

Aspekte der Gewerkschaftsentwicklung in einem geeinten Deutschland -

Historische Chancen oder strukturelle Sackgassen?

Prof. Dr. Klaus von Beyme, geb. 1934 in Saarau/Schlesien, lehrt Politikwissenschaften an der Universität Heidelberg.

Gewerkschaften: vom Einigungsprozeß überrollt

Für die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung wurde die rasche Aspektverschiebung zum Hauptproblem der deutschen Einigung. Im Sinne des hier gestellten Themas formuliert: Wo anfangs historische Chancen gewittert wurden, drohten die Gewerkschaften wertvolle Zeit zu verlieren und in strukturelle Sackgassen zu geraten.

„Das Wort veraltet mir im Munde“ formulierte ein Spaßvogel. Im Licht dieser Erfahrung war der Deutsche Gewerkschaftsbund vielleicht gut beraten, relativ zögerlich mit großen Stellungnahmen an die Öffentlichkeit zu treten. Zuviele andere Organisationen und Einzelpersonen haben im letzten halben Jahr die Zeit damit zugebracht zu interpretieren, was sie kürzlich gesagt hatten.

Das Ergreifen von neuen Chancen, unrealisierte Postulate des demokratischen Sozialismus zu propagieren, wurde den Gewerkschaften durch die Stimmung im Lande verdorben. Die Gleichsetzung des bürokratischen Sozialismus im Ostblock und des demokratischen Sozialismus in der Tradition westlicher Sozialdemokratie war immer schon propagandistisch eingesetzt worden. Nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus in der DDR ließ sich die alte konservative Parole „Freiheit statt Sozialismus“ gegen alle einsetzen, die Chancen für einen demokratischen Sozialismus aus dem Kollaps des Ostblocksozialismus erwachsen sahen. Die Ostpolitik der deutschen Gewerkschaften war immer unzweideutig und blieb unkompromittiert.¹ Keine Umarmung von Harry Tisch war degoutanter als die vielen Umarmungen konservativer Staatsmänner, die bei Ceauşescu zu Gast waren.

Gewerkschaften und SPD kamen in die fatale Lage, ihre Kontakte mit dem SED-Nachfolgeregime in unziemlicher Eile kappen zu müssen, um nicht in den Strudel des Niedergangs mit hineingezogen zu werden. Die Regierung Kohl konnte diese Kontakte hingegen bis kurz vor den Märzahlen ganz ungeniert weiterpflegen - obwohl sich mancher fragte, was die Anreise des Modrow-Kabinetts in Bonn bedeuten sollte, wenn schon vorher klar war, daß man zu Hilfsmaßnahmen und Abmachungen erst nach den Wahlen bereit war. Aber niemand hätte aus der Fortsetzung des Kontakts auf geheime Sympathien der Bonner Regierung für die PDS geschlossen. Der DGB hingegen konnte Kontakte auf oberster Ebene mit dem FDGB schon deswegen kaum noch pflegen, weil die Basis der DDR-Arbeiter dies nicht verstanden hätte.

In der Selbstgefälligkeit der Sektorkorn-Stimmung, welche der Kollaps des realen Sozialismus auslöste, war es unmöglich, Chancen für die Verwirklichung eines demokratischen Sozialismus wahrzunehmen. Die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ haben in wohlmeinender Absicht zu der Debatte beigetragen, aber auch dieser Zeitschrift veraltet das Wort im Munde. Während man sich noch intellektuell redlich dagegen zur Wehr setzte, in einen kritik- und konzeptionslosen Anschlußtaumel zu verfallen, ging ein bißchen unter, daß die Vereinigung längst von der nationalen Begeisterungs- zur sozialen Angleichungsparole geworden war, die vor allen in den Augen vieler DDR-Bürger dazu diente, die Bundesrepublik auf dem kürzesten Weg in die wirtschaftliche und soziale Pflicht zu nehmen. Die deutschen Gewerkschaften haben in den zahlreichen „heißen Herbst“ in Westeuropa nie der Devise

¹ Klaus von Beyme: Die Entwicklung der sozialistischen Länder und die Ostpolitik der deutschen Gewerkschaften, in: Ulrich Borsdorf u. a. (Hrsg.), Gewerkschaftliche Politik. Reform aus Solidarität. Zum 60. Geburtstag von Heinz O. Vetter, Köln 1977, S. 579 - 613.

„tutto i subito“ (alles und sofort) Vorschub geleistet. Aber als revindikative Organisationen können sie sich kaum einem solchen Anspruchsbegehren verschließen. Die Gewerkschaften konnten daher nur noch reagieren: auf den sozialpolitisch motivierten Anschlußdruck von seiten der DDR-Mehrheit. Angesichts des Dilemmas, in der Programmformulierung vorsichtig sein zu müssen, weil die Linke schlechthin in die Defensive geriet und weil man von den Ereignissen und der Anspruchsinflation bei der Mehrheit der DDR-Bevölkerung überrollt wurde, konnte die Politik des DGB nur abwartend sein. Drei Phasen lassen sich seit November 1989 feststellen, die den DGB jeweils zu Änderungen seiner Politik zwangen:

- Anfangs hat man den FDGB nicht sogleich aufgegeben, bis man merkte, daß die SED- und Stasi-Durchsetzung des alten FDGB dazu führte, daß die Mehrheit der DDR-Gewerkschafter nicht mehr an eine Regeneration des FDGB zu glauben schien. Ab Januar 1990 wurden dann die Kontakte zu den Einzelgewerkschaften intensiviert.
- Ab Februar 1990 wurden einzelne DGB-Gewerkschaften „offensiv“ in der DDR tätig. DAG und christliche Gewerkschaften gingen voran. Einzelne DGB-Gewerkschaften folgten. Die IG Chemie übernahm die Führung. Hermann Rappe förderte den Neuaufbau von Gewerkschaften nach dem Vorbild der Bundesrepublik und stellte auch Bedingungen für die Unterstützung durch Beratungsbüros. Die IG Metall hat trotz ideologischer Nachhutgeplänkel zum „Dritten Weg“ schon am 6. Dezember 1989 in einer Vereinbarung mit der Metallgewerkschaft der DDR 25 Partnerschaften gegründet.² Am 27. Februar 1990 wurden in 8 Großstädten der DDR Informations- und Beratungsbüros vereinbart. Steinkühler setzte sich offen für die Vereinigung ein. Bedingungen waren nur noch, daß sie nicht „überhastet“ erfolgen dürfe und „sozialverträglich“ sein müsse.³

Angesichts der Meinungsverschiedenheiten seiner Gewerkschaften in den ersten zwei Phasen hielt sich der DGB zurück. Während ihm eine solche Haltung im Hinblick auf die Innenpolitik der Bundesrepublik von konservativer Seite immer nahegelegt wird, wurde ihm diese Zurückhaltung in Sachen DDR in unangemessener Weise angekreidet.⁴

Der DGB mußte die Zurückhaltung aufgeben, als die ehemaligen SED-Anhänger zu dem Trick griffen, die alten Machtpositionen über ein Konzept des „Gewerkschaftsstaats“ zu festigen. Die Volkskammer beriet in der ersten Märzwoche ein Gewerkschaftsgesetz. Der Sonderkongreß des FDGB Anfang Februar 1990 hatte der Vorlage mit Generalstreikdrohungen Nachdruck verschafft - für den Fall daß das Gesetz von der Volkskammer nicht angenommen werden sollte. Die CDA und die Gewerkschaft der Polizei im DGB nahmen spontan gegen den Entwurf Stellung. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB (WSI) wies Art. 10 des Entwurfes, der selbst

2 IG Metall: Sofortprogramm, Frankfurt/Berlin, 6.12.1989.

3 IG Metall: Gemeinsame Erklärung, o. O., 27.2.1990, S. 1.

4 Klaus Heinemann: Weichen werden in die falsche Richtung gestellt, Rheinische Post, 5.3.1990.

Preis- und Investitionspolitik der Betriebe an die Zustimmung der Gewerkschaften binden wollte, zurück. Allerdings war das auch in der DDR der umstrittenste Teil des Entwurfes.

Erst am 7. März 1990 hat der Bundesausschuß des DGB - das höchste Organ zwischen den Kongressen - eine „Entschließung zur deutschen Einheit“ verabschiedet. Darin wurde, im Gegensatz zur IG Metall, für eine Verwirklichung der Einheit „so schnell wie möglich“ plädiert. Vom FDGB distanzierte sich der DGB. Die Einzelgewerkschaften der DDR wurden differenziert bewertet. Verschiedene Eigentumsformen wurden als gleichberechtigt anerkannt, und die „ordnungspolitischen Strukturen in beiden deutschen Staaten“ sollten den „veränderten Notwendigkeiten angepaßt werden“. Das war ganz sicher kein starkes Plädoyer für einen sozialistischen Sonderweg der DDR.⁵

Nach der Vertrauenskrise, in die die Gemeinwirtschaft der Bundesrepublik geraten war, fehlte dem DGB ein Modell, das er der DDR hätte empfehlen können. Besondere Aufmerksamkeit konzentrierte sich daher auf die Abfederung der Folgen des Einigungsprozesses:

- Dessen finanziellen Belastungen durften nach Ansicht des DGB nicht zu „tarif politischen Verweigerungshaltungen der Arbeitgeber“ führen.
- Löhne und Gehälter in der DDR und die Renten sollten in ein Verhältnis 1: 1 zur D-Mark gebracht werden.

Die Entschließung zeigt, daß der DGB – wie andere Verbände und Institutionen auch - vom Einigungsprozeß überrollt worden ist. Es geht daher nicht mehr um ideologische Grundsatzdiskussionen, sondern um rasche Schritte bis hin zum direkten organisatorischen Engagement in der DDR, um zu verhindern, daß dort ein gewerkschaftsfreier Raum entsteht oder daß die Gewerkschaften von der PDS erneut unter Kontrolle gebracht werden.

Im Lichte der vollendeten Tatsachen sollte die ideologische Begleitmusik nicht überbewertet werden. Die IG-Metall, welche neben der Mediengewerkschaft die radikalsten Positionen vertrat, befand sich in einer Tarifaueinandersetzung, was die Neigung zu starken Tönen vorübergehend verstärkte.

Trotz der Differenz zwischen einigen ideologischen Statements und der faktischen Organisationspolitik sowie den verbliebenen Unterschieden einiger DGB-Gewerkschaften in Fragen der Grundorientierung ist keine Legitimationskrise der Gewerkschaften entstanden. Was sich hingegen abzeichnete, waren schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten zwischen den DGB-Gewerkschaften über die Stellung zur DDR und ihren neuen politischen und gewerkschaftlichen Kräften. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Dieter Wunder,⁶ plaktierte dies mit einem Gegensatz zwischen IG Chemie und IG Metall. Die IG Chemie als Inbegriff ihrer Branche, als zukunfts offen und flexibel; die IG Metall trotz ihres „Zukunftskongresses“

5 DGB-Bundesausschuß: Entschließung zur deutschen Einheit, Düsseldorf, 7. 3.1990, S. 2.

6 Dieter Wunder: Der Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ und das Selbstverständnis der Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 12/1989, S. 714 - 718.

1988 mit stärker ideologischen Positionen. Was bedeuten solche Gegensätze nach dem Zusammenbruch des bürokratischen Sozialismus?

Gewerkschaftliche Positionen nach dem Zusammenbruch des bürokratischen Sozialismus

Die pragmatischere Variante erkennt an, daß dieser Zusammenbruch Folgen für die westliche Gewerkschaftsbewegung hat. Der sozialistische Traum bleibt durch die Schändung des einst realen Sozialismus nicht unbefleckt. Die Integration in die kapitalistische Gesellschaft (das Wort wird immerhin noch benutzt) ist vollendet. Es gibt keinen „Dritten Weg“. „Sozialismus ist als Traum aus der Kritik am Kapitalismus erwachsen.“

Die Verabschiedung der Ideologie ist nicht ohne Gefahren. Die Bewegung droht in Partikularinteressen zu zerfallen. Selbst die Arbeitgeber können kein Interesse haben, die Gewerkschaftsbewegung allzusehr zu schwächen, weil die konzertierte Konsensfindung mit einer relativ geschlossenen Arbeitnehmerorganisation sich international als Vorteil erwiesen hat. Daher muß nach neuen, weniger weitreichenden Visionen gesucht werden, aber diese sind nicht mehr sozialistisch, sondern setzen auf Gemeinsamkeiten von Arbeiterbewegung und RadikaldemokraterL Lafontaines Disengagement von Gewerkschaften und SPD würde erstmals bei den Gewerkschaften mehr Verständnis finden.

Die Gegenposition haben für die IG Metall Karlheinz Blessing und Siegfried Bleicher⁷ formuliert. In ihr wird kein Grund gesehen, Konsequenzen für die Gewerkschaften aus dem Debakel des bürokratischen Sozialismus zu ziehen, nur „weil ein despotischer Alleinherrscher in Rumänien stürzte, der sein Regime mit dem Begriff Sozialismus zu legitimieren suchte“. Das erinnert an rumänische Selbstreinigungsversuche: Ceausescu wird nun gar „faschistisch“ genannt - trotz der RGW-Mitgliedschaft Rumäniens bis zuletzt.

Die Widersprüche dieser Position sind eklatant. Hatte der GEW-Vorsitzende Wunder beklagt, daß der demokratische Sozialismus keine alternative Gesellschaftsordnung entwickeln konnte, so wird von Vertretern der IG Metall postuliert, daß der demokratische Sozialismus genau dies nicht wolle. Brot-und Butter-Gewerkschaften werden für gescheitert erklärt, obwohl sie sich immer stärker profilieren. Schien einst die amerikanische Gewerkschaftsbewegung als „unreif“, weil sie keinen ideologischen Klassencharakter hatte, scheint sie nun eher das Modell der Zukunft für die postklassenkämpferischen Gewerkschaften in Europa zu werden.

Diese zweite Position versucht das soziale Gegenprinzip in die „Architektur des Kapitalismus“ einzubauen. Das heißt für sie konkret, daß die Entscheidungen über die Investitionen unter gewerkschaftlicher Beteiligung getroffen

⁷ Karlheinz Blessing: „Die Wirklichkeit drängt zum demokratischen Sozialismus“, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/1990. S. 2 - 9; Siegfried Bleicher: Eine neue Perspektive für den Sozialismus? Der Zusammenbruch im Osten ist kein Gegenargument, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.2.1990, S. 19.

werden müssen. Das klingt freilich nicht radikaler als die Forderung nach einem Ausbau der Mitbestimmung, wie sie im DGB insgesamt konsensfähig erscheint. Nur in einigen Formulierungen tauchen noch Anklage an ältere, radikalere Positionen auf. Es ist davon die Rede, daß die Gewerkschaften sich „nicht auf die Rolle der Rot-Kreuz-Station hinter der Front des Kapitalismus“ beschränken lassen sollten. Solche martialischen Bilder sind heute eher überflüssig.

Für die Ostpolitik der Gewerkschaften folgt aus dieser Position, daß man das Konzept des „Dritten Weges“ selbstbewußt vertreten solle. Der Gedankengang wird mit Appellen an einen Wandel des Selbstverständnisses der Gewerkschaften geschlossen. Die neuen sozialen Bewegungen (Öko-, Frauen- und Friedensbewegung, welche die Trinität bilden, auf die alle Hoffnung gesetzt werden) erscheinen als Bündnispartner. Ähnlich hatte auch Wunder geschlossen. Die Sehnsucht danach, in eine „Bewegung“ eingebettet zu sein, scheint für die meisten Strategen unverzichtbar. Obwohl die alten sozialen Bewegungen, vor allem die Arbeiterbewegung, in der ursprünglichen Form einer kompletten gesellschaftlichen Subkultur nicht mehr existieren, wird noch immer nach den neuen sozialen Bewegungen geschielt.

Am Ende: Große soziale Bewegungen und „Sonderwege zum Sozialismus“

Auch künftig wird es sicherlich Aktionsgemeinschaften zwischen Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen geben. Aber die Gewerkschaften sollten sich nichts vormachen: Es gibt keine lagerumspannenden Dauerkoalitionen mehr. Das „neue“ an den neuen sozialen Bewegungen ist gerade die postmoderne Verweigerung des übergreifenden Integrationszusammenhangs und der Integration in gesamtgesellschaftliche Zielvorstellungen. Heute können Gewerkschaften mit kirchlichen Gruppen, mit Teilen der Frauenbewegung und mit der Friedensbewegung eine Friedensinitiative unterstützen - morgen stehen sie in der Frage der Liberalisierung der Abtreibung gegen die gleichen kirchlichen Gruppen, gegen einen anderen Teil der Frauenbewegung, im Bündnis mit wieder ganz anderen Gruppen in einem öffentlichen Konflikt - aber eine Dauerallianz ist nicht in Sicht. Das ist nicht nur schädlich für die Gewerkschaften. Wurden sie nicht immer in ihrer Organisationsmacht von parasitären Mitfahrergruppen mißbraucht?

Nicht nur der Traum von der großen sozialen Bewegung, auch die Hoffnung auf einen „Sonderweg zum Sozialismus“ muß aufgegeben werden. Renate Damus vom Bundesvorstand der Grünen glaubte noch im Dezember 1989 in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“, davon ausgehen zu können, daß das DDR-Volk nur den „realen Sozialismus“ ablehne, nicht aber sozialistisches Gedankengut. Selbst die multikulturelle Gesellschaft wurde der DDR angedient, auf die sie - wie erste Zusammenstöße mit Ausländern zeigen - noch weniger vorbereitet ist als die Bevölkerung in der Bundesrepublik.⁸ Die

8 Renate Damus: Selbstbestimmung des Volkes der DDR, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 12/1989, S. 756-761.

Wahlen in Polen und die ersten Umfragen ließen an dieser Meinung schon damals Zweifel zu. Die Märzahlen in der DDR und in Ungarn haben die Zweifel zur Gewißheit verstärkt. Auch der demokratische Sozialismus hat es zur Zeit schwer. Es ist in Deutschland viel zu wenig bekannt, daß die einzig glaubhaften Vertreter eines demokratischen Sozialismus aus der Zeit Dubceks noch unverdrossen den „Dritten Weg“ zum demokratischen Sozialismus predigen. Wenn Ota Sik oder Zdenek Mlynaf heute für ihre Ziele werben, hört ihnen in Prag kaum jemand zu, und Dubcek mußte sich mit dem ehrenvollen, aber einflußlosen Posten des Parlamentspräsidenten abfinden, weil Präsident Havel sich diese Geste nicht nehmen ließ.

Außerdem ist unter den Ländern des ehemals realen Sozialismus nicht die geringste Solidarität übriggeblieben, die allein die Basis für Experimente mit einem demokratisch-sozialistischen Mischsystems hätte abgeben können. Die Fackel der reinen Idee kann man trotz dieser widrigen Fakten natürlich weiter hochhalten. Aber der theoretisch interessierte Anhänger eines „Dritten Weges“ wird schwerlich vergessen können, welchen Hohn Marx und Engels über den „Dritten Weg“ zum Sozialismus etwa gegen Rodbertus, Dühring oder Wagner ausgossen. Engels kommentierte die Nichtberücksichtigung des dominanten kapitalistischen Weltsystems in den Ideen des preußischen Sozialismus mit der bissigen Feststellung, daß sich vor allem bei Rodbertus die „Verdrießlichkeit des verkannten Genies“ zeige, und eine „merkwürdige Unwissenheit über Dinge, die außerhalb Preußens vorgehen“.⁹ Da viele Utopien eines „Dritten Weges“ für die DDR einem uneingestandenem Proudhonismus mit viel Dezentralisierung, antietatistischen Organisationsformen und Selbstverwaltung huldigen, ist diese Analogie aus dem 19. Jahrhundert noch nicht einmal zu weit hergeholt. Der Sog des Weltmarktes, die Penetration Rest-Preußens durch den Westen ist im Vergleich zum 19. Jahrhundert noch gewachsen.

Wolf Biermann hat Anfang März 1990 die sich ausbreitende Resignation der Linken in Ost und West in seiner sympathisch-direkten Art literarisch verarbeitet: „Das großangelegte Tierexperiment an Menschen ist beendet. Ja, schade, aber auch ein Glück. Sogar der ordinärste Anschluß an die Bundesrepublik ist immer noch besser als alles, was vorher war. Ich hatte freilich anderes im Sinn. Aber es ist ja auch nicht Aufgabe der Weltgeschichte, den kleinen Biermann zu beglücken.“ Biermann spürte sogar eine gewisse Entlastung durch die Ereignisse. Endlich mußte er sich nicht mehr „im Besitz der oppositionellen Wahrheit“¹⁰ fühlen, endlich hatte er nicht mehr recht. Daß andere Linke ihn für soviel humvorvolle Resignation an den Pranger stellen werden, ist zu erwarten. Dennoch ist gerade sein Bekenntnis paradigmatisch für die Orientierungslosigkeit der Linken.

Inzwischen sind auch die Grünen vom raschen Positionswandel erfaßt worden. Die Zweistaatlichkeit wurde im Februar 1990 nur noch vom öko-

9 Marx-Engels-Werke, Bd. 21, S. 176.

10 Wolf Biermann: Das wars. Klappe zu. Affe lebt. Ein Nachruf auf die DDR, Die Zeit, Nr. 10/1990, S. 65-66.

sozialistischen Flügel vertreten. Die Minimalposition ist eine möglichst lose Verbindung mit möglichst paritätischer Besetzung der zentralen Gremien. Nicht wenige Exponenten teilen diese an sich vernünftige Position der Grünen in den neuen sozialen Bewegungen. Hier zeigt sich aber nun erneut, daß die formelhafte Beschwörung der sozialen Bewegungen als Vision einer Zukunft für die Gewerkschaften eher zur Selbsttäuschung führt. Es ist nicht zu übersehen, daß durch die faktische Entwicklung für eine gewerkschaftliche Strategie das im Herzen Wünschenswerte zweitrangig geworden ist angesichts der Interessen der Mitglieder in der Bundesrepublik und der potentiellen Mitglieder in der DDR. Während die Unternehmer und alle Verbände, ja auch die Gewerkschaften außerhalb des DGB, schlicht auf den organisatorischen „Anschluß“ setzen, können die DGB-Gewerkschaften ihren „Anschluß“ nicht verpassen. Dabei geht es ja nicht nur um das „entfremdete Interesse der Organisation an sich selbst“ - das im Gegensatz zur Auffassung vieler Ideologen übrigens legitim ist -, sondern um die Verantwortung für die eigene Mitgliedschaft. Zur Wiedervereinigung gehören zwei. Nachdem man sich daran gewöhnt hat, daß die DDR-Mehrheit für „erbetene Einmischung“ optiert hat, müssen die Gewerkschaften sich daran gewöhnen, sich mit ihren Gegenverbänden auf gemeinsame Strategien zu einigen. Diese Zukunft hat bereits begonnen. Die Kooperation der Tarifpartner ist auch im Hinblick auf die Wiedervereinigung nicht abgerissen. Es geht um eine möglichst bruchlose Einführung von Mitbestimmung, Betriebsverfassung und Tarifautonomie in der DDR, auch um die Position der Gewerkschaften in Westdeutschland nicht zu schwächen.

Man mag über die ökonomische Weisheit des Passus streiten, in der der Bundesausschuß des DGB sich für einen Umtauschkurs von 1: 1 verkämpft, aber es kann nicht bestritten werden, daß die sozialpolitische Angleichung im Interesse der Mitglieder des DGB ist. Ein Billiglohn- und Niedrigrentenland DDR müßte langfristig auch negative Auswirkungen im Westen hervorrufen.

Die Wende in der Wiedervereinigungspolitik dieser Tage ist es, welche die DGB-Gewerkschaften zum Überdenken ihrer Position zwingt. Sie ahnten seit langem, daß die Wiedervereinigung nicht kostenlos sein wird. Die ideologisch gemäßigteren Gewerkschaften waren daher weniger enthusiastisch über den Prozeß als die Ideologen des „Dritten Weges“, die zwar kerne Wiedervereinigung wollten, aber sich doch gewaltigen Auftrieb für ihre Ideologie von den Ereignissen seit dem 9.°November erhofften. Die weniger ideologische nur-gewerkschaftliche Position muß von der Zweistaatlichkeit mit offenen innerdeutschen Grenzen zunehmend um ihre Einkommensmaximierung fürchten. Sie wird daher — trotz mancher Ausgangskepsis - in das Engagement für rasche Wiedervereinigung getrieben. Nur bei schneller Integration werden die sozialen Kosten überschaubar, und die Angleichung von Westen her wird steuerbarer.

Das bedeutet, daß Schritte des „Dritten Weges“ auch aus gewerkschaftlicher Sicht als zu unsicher und teuer gelten. Sonderrechte für die DDR

schrumpfen, die soziale Angleichung wird forciert. Der Tradeunionismus scheint in beiden Teilen Deutschlands konsensfähiger zu sein als eine ideologisch-sozialistische Konzeption von Gewerkschaftsmacht. Die Kooperation mit den DDR-Gewerkschaften scheint bei der IG-Metall zur Zeit am intensivsten. Hier stehen den 2,6 Millionen Mitgliedern im Westen immerhin fast 1,8 Millionen Mitglieder in der DDR gegenüber. Wer diese Kooperation aus ideologischen Gründen beargwöhnt, nur weil ein paar IG-Metall-Experten etwas radikalere Auffassungen vertreten, kann beruhigt werden. Längst ist gemutmaßt worden,¹¹ daß die IG-Metall weniger Ideologie als ein realistischeres Programm anvisiert. Die DDR-Gewerkschaften müssen angesichts der überstürzten wirtschaftlichen Integration in den Stand gesetzt werden, sich nicht als Billig-Lohn-Land übervorteilen zu lassen, und damit auch die Organisationsinteressen und die Politik der Einkommensmaximierung in den westdeutschen Ländern aufs Spiel zu setzen. Wo eine konservative Presse schon befürchtet, daß der FDGB ein Hoffnungsträger des DGB sei,^{20. November 2003}¹² sollte man sich eher mit den berechtigten Sorgen der Gewerkschaften auseinandersetzen, daß der Verfall des bürokratischen Sozialismus auch die Gewerkschaften in der Demokratie schwächen könnte.

¹¹ Keine Ahnung von Tarifen. Die DDR-Gewerkschaften sind nach der Wende in ihrem Land ohne Orientierung, in: Der Spiegel, Nr. 4/1990, S. 101 -104.

¹² Hans Jürgensen: Die Erneuerung des FDGB läßt manche DGB-Gewerkschaften hoffen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.2.1990, S. 1